

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XIX/31

Bonn, den 14. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Verpflichtung für uns alle

63

Hilfe für unsere alten Mitbürger  
Von Lisa Korpeter, KdB

2

Verlorene Millionen

25

Zum Ende der "Deutschen Zeitung"

3 - 4

Langer Leidensweg

73

Bundesregierung vernachlässigt Bundesausbildungsgesetzgebung  
Von Harry Liehr, KdB

5

Zu hoher Preis für die Gesundheit ?

44

Von lebenswichtiger Bedeutung für die Welt

Von Bruno Kuster, Genf

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Verpflichtung für uns alle

### Hilfe für unsere alten Mitbürger

Von Lisa Korpeter, MdB

Das Interesse der Öffentlichkeit, aber auch das der Mediziner, der Psychologen, der Soziologen und der Sozialpolitiker wird in zunehmendem Maße von den Fragen beherrscht: Wie verbringt der aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedene seinen Lebensabend? Wie leben unsere älteren Mitbürger? Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um unseren älteren Mitbürgern zu Lebensbedingungen zu verhelfen, die ihnen angemessen sind?

Diese Fragen haben deshalb ihren guten Grund, weil sich dieses Problem durch die Änderung im Aufbau unserer Gesellschaft und auch durch die Strukturveränderungen bis hinein in die kleinste Gemeinschaft, die Familie, zu einem zentralen Problem unseres Gemeinschaftslebens entwickelt hat. Nach Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes lebten im Jahre 1960 in der Bundesrepublik bereits 5,7 Millionen Männer und Frauen im Alter von über 65 Jahren. Im Jahre 1900 waren von 1000 Personen im Deutschen Reich 49 älter als 65, 1933 waren es 74, 1963 in der Bundesrepublik 111 und 1980 werden 144 von 1000 Deutschen ihr 65. Lebensjahr vollendet haben.

Wenn nicht mehr jeder 20., wie 1900, sondern jeder 7. von uns, wie 1980, über 65 ist, so müssen wir dieser Gruppe ein besonderes Augenmerk schenken.

Wenn - in absoluten Zahlen - 1939 drei Millionen über 65-jährige lebten, heute sechs Millionen leben und 1975 acht Millionen leben werden, so beweisen diese Zahlen, daß die Lebenslage, die Sorgen und Wünsche der älteren Mitbürger in steigendem Maße das gesellschaftliche Gesicht unseres Volkes bestimmen werden. Die Kenntnis dieser Entwicklung macht es deshalb notwendig, daß wir dieser Gruppe unseres Volkes unsere besondere Beachtung widmen und daß alles getan wird, um im Neuland der Altersforschung voranzukommen.

Sicher wissen wir, daß Parlamente, Verwaltungen und Organisationen nicht völlig im Dunkeln tappen, wenn sie das Problem der älteren Mitbürger aufgreifen. Wir sehen auch, daß von den Ländern, Gemeinden, freien Wohlfahrtsverbänden und anderen Organisationen schon manche Maßnahme eingeleitet und durchgeführt wurde, die der Altenhilfe als Aufgabe Rechnung trägt.

Voraussetzung für eine gute Hilfe ist aber, daß alle, die sich mit diesem Problem beschäftigen, genaue Kenntnis von der Situation und den Bedürfnissen unserer älteren Mitbürger besitzen; erst dann ist es möglich, gezielte Maßnahmen zu treffen.

Ein Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, der die Bundesregierung ersucht, dem Bundestag einen umfassenden Bericht über die Lebensverhältnisse der älteren Mitbürger vorzulegen, soll dazu beitragen, das Thema aufzuhellen und allen diese Kenntnisse zu vermitteln. Nur mit ganz genauen Kenntnissen von den Lebensverhältnissen der älteren Menschen in allen Lebensbereichen, von ihren Bedürfnissen, ihren Sorgen und Wünschen, wird es möglich sein, geeignete Maßnahmen zu treffen, um dieser Aufgabe voll gerecht zu werden. Der Bericht soll folgende Bereiche behandeln:

1. Wirtschaftliche Lage: Haushalts- und Einzeleinkommen unter Aufteilung nach allen Einkommensquellen, insbesondere nach den ver-

schiedenen Arten sozialer Leistungen.

2. Wohnverhältnisse: Unterbringung in Anpassung an die Lebensbedürfnisse älterer Mitbürger und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belastung.
3. Gesundheitliche Lage: Gesundheitszustand, Altersbeschwerden und Krankheiten, medizinische und hygienische Betreuung, Erholungsmöglichkeiten und Hilfe bei Pflegebedürftigkeit für ältere Mitbürger.
4. Gesellschaftliche Situation: Die älteren Mitbürger und ihre Beziehungen zu Familie und zur übrigen Umwelt, ihre Wünsche und Sorgen, ihre Betätigungs- und Selbsthilfemöglichkeiten und ihre Stellung in der Gesellschaft; Probleme der alleinstehenden älteren Frau, des alleinstehenden älteren Mannes.

Der Bericht soll die Besonderheiten von Stadt und Land berücksichtigen und den Stand der Forschung auf allen einschlägigen Fachgebieten, auch im Vergleich zum Ausland, und ihre Förderung durch die öffentliche Hand darlegen.

+ + +  
Verlorene Millionen

Zum Ende der "Deutschen Zeitung"

sp - Viele Millionen DM wurden von interessierter Industrieseite in die "Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung" investiert, in der Hoffnung, mit Hilfe dieses Organs eine beherrschende Stellung in der deutschen Publizistik zu erreichen. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht, hochgespannte Erwartungen erfüllten sich nicht. Die Umstellung der einst hochangesehenen dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitung in eine Tageszeitung mit ausgesprochener Zielrichtung gegen die Sozialdemokratie erfolgte mit einem personellen und materiellen Riesenaufwand. Die Zeitung besaß ein umfangreiches Korrespondentennetz im In- und Ausland, pflegte besonders gute Beziehungen zu den Ministerien und erblickte ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokratie und dessen, was sie unter "Deutsche Linke" verstand - übrigens nicht in Feuilleton. Eine Zeitlang stand sie in näherer Beziehung zum jetzigen Außenminister Schröder und galt, als er noch Innenminister war, als sein Sprachrohr. In den letzten Jahren wählte sie den einstigen Gönner zur Zielscheibe wiederholter Angriffe. Offensichtlich haben die Geldgeber dieser Zeitung ihr Interesse verloren und die Hoffnung aufgegeben, das politische Klima der Bundesrepublik in ihren Sinne zu beeinflussen. Ausgesprochene Kampforgane gegen die Sozialdemokratie machen sich nicht bezahlt; sie finden keine Resonanz in der deutschen Öffentlichkeit. Insofern war die Umstellung der "Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung" zur Tageszeitung ein Experiment, das mißlingen mußte. Die Auflage ging nie über 30.000 Exemplare hinaus. Die Geldgeber trauern nun verlorenen Investitionen nach. Das Aufgehen der Zeitung in renommierten "Handelsblatt" bedeutet das Ende des Versuchs, die innenpolitischen Kampffronten der Weimarer Zeit zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen Industrieverbänden und Gewerkschaften auf die Bundesrepublik zu übertragen. Für Scharfmacher ist der Boden nicht günstig.

### Langer Leidensweg

#### Bundesregierung vernachlässigt Bundesausbildungsgesetzgebung

Von Harry Liehr, MdB

Der Leidensweg einer gesetzlichen Neuordnung der Berufsausbildung ist geradezu sprichwörtlich. Die ersten Anfänge liegen 45 Jahre zurück. Manches hat sich seitdem getan, doch der Gesetzgeber hinkt der Praxis der Berufsausbildung ständig nach.

Es schien so, als hätte der Deutsche Bundestag im Juni 1962 endlich in seiner Gesamtheit erkannt, daß man die auseinanderstrebende Berufsausbildungsgesetzgebung nicht länger sich selbst überlassen könne. Ein einstimmig gefaßter Beschluß kam auf sozialdemokratische Initiative zustande, wonach die Bundesregierung bis zum 1. Februar 1963 den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes vorzulegen hätte. Heute, ein Jahr später, sieht sich die Bundesregierung noch immer nicht in der Lage, diesen Auftrag des Parlaments in absehbarer Zeit zu erfüllen. Dabei hat es nicht an "Nachhilfeversuchen" der SPD-Bundestagsfraktion gefehlt. So wurde der Herr Bundestagspräsident gebeten, das Ansehen des Parlaments gegenüber der Regierung zu wahren; später wurde eine Kleine Anfrage eingebracht und schließlich vor wenigen Tagen eine Große Anfrage im Plenum beraten. Hierbei zeigte sich, daß die Bundesregierung nun wahrlich nicht unter Zeitdruck steht, wie sie vorgibt, denn der Bundeswirtschaftsminister mußte in seiner Stellungnahme zur Großen SPD-Anfrage zugeben, daß man sich "seit längerer Zeit sehr intensiv mit den Problemen einer Neufassung des Berufsausbildungsrechtes beschäftigt" (in der Tat seit mehr als 10 Jahren). Vielmehr wurde die ganze Hilflosigkeit der Bundesregierung offensichtlich, mit dem in der Sache vorliegenden Koalitionsheft und dem Kompetenzstreit zweier Ministerien fertig zu werden.

#### Wiederbelebungsversuche

Immerhin war es bemerkenswert, daß sich die FDP-Fraktion nur ungern an den einstimmig gefaßten Beschluß erinnern lassen wollte, stattdessen Wiederbelebungsversuche des vor bald zwei Jahren eingebrachten und vom Bundeswirtschaftsminister abgeschriebenen Entwurfs zur Änderung der Gewerbeordnung bevorzugte. Anders dagegen die CDU/CSU-Fraktion, die den Entwurf einfach totschießte und ansonsten wenigstens die Neigung erkennen ließ, mit der SPD-Fraktion für ein umfassendes Berufsausbildungsgesetz einzutreten, offensichtlich jedoch mit weniger Nachdruck und Eile. So kann man wohl sagen, daß die einen sich nicht mehr an den

Beschluß zu halten gedenken, während die anderen nichts tun, um mit der SPD den Beschluß baldigst zu realisieren.

Die Antwort der Bundesregierung fiel entsprechend aus. Es war ja schon vorher bekannt, daß zwischen dem Bundesarbeits- und dem Wirtschaftsminister tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten in der Sache bestehen. Während der Bundesarbeitsminister eine umfassende Lösung befürwortet, gab es im anderen Ministerium verschiedene Stellungnahmen gegenteiliger Art. Daher wurde wohl nicht zu Unrecht die Befürchtung geäußert, ob sich nicht allein schon aus der Tatsache, daß die Große Anfrage der SPD durch den Wirtschaftsminister Beantwortung fand, schlussfolgern lasse, daß damit eine Vorentscheidung zugunsten einer Novellierung der Gewerbeordnung getroffen sei. Dieser Eindruck wurde noch durch die Antwort des Ministers verstärkt, daß vorerst jedenfalls nicht (wenn in dieser Legislaturperiode überhaupt) mit der Erfüllung des Bundestagsbeschlusses vom Juni 1962 zu rechnen sei. Andererseits ließ der Minister keinen Zweifel daran, daß "eine Novelle zur Handwerksordnung vorbereitet wird, durch die eine Modernisierung der Berufsausbildungsvorschriften erreicht werden soll". Damit ist in der Tendenz jedenfalls klargestellt - ob nun durch eine Novellierung der Gewerbeordnung oder der Handwerksordnung -, daß die Bundesregierung sich um die dringend erforderliche Gesamtreform der Berufsausbildung herumogeln möchte.

#### Gemeinschaftsaufgabe von hohem Rang

Die SPD-Fraktion hat alle Veranlassung, sich auch weiterhin jeder Teillösung entschieden zu widersetzen. Die Leidtragenden wären andernfalls nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern angesichts der Komplexität und der anerkanntermaßen wachsenden Bedeutung der Berufsausbildung für unsere gesamte Volkswirtschaft letzten Endes wir alle. Hier handelt es sich um einen Vorgang, der weit über den Bereich der Wirtschaft hinausgreift, der die soziale Stellung und das Leben des Einzelnen ebenso berührt wie unsere gesellschaftliche Ordnung. Deshalb muß endlich das Ressortdenken der Institutionen und Interessenverbände überwunden und das berufliche Bildungswesen überhaupt zu einer öffentlichen Aufgabe gemacht werden. Dies ist eine Gemeinschaftsaufgabe von hohem Rang, die nicht unter dem Kompetenzstreit zweier Ministerien im Keim erstickt werden darf. - Im Übrigen gibt es wohl kaum noch Zweifel daran, daß es mittlerweile um mehr geht, als nur um die Beseitigung der Rechtszersplitterung. Die von Bundeskanzler Erhard und seinem Wirtschaftsminister gepriesene "Musterqualität unseres Berufsausbildungssystems" offenbart nur den rückwärts gerichteten Blick, ohne sehen zu wollen, daß auch die Zukunft bewältigt werden muß. Und die Zukunft hat schon begonnen.

## Zu hoher Preis für die Gesundheit ?

Von Bruno Kuster, Genf

300 Millionen Dollar verlangt der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, Dr. M.G. Candau, für die Errichtung eines medizinischen Forschungszentrums im Dienste der ganzen Welt. Ist dieser Preis zu hoch? Entspricht ein solches Zentrum überhaupt einer Notwendigkeit? Gibt es nicht bereits in verschiedenen Ländern erstklassige Forschungsstätten? Jedenfalls hat der Exekutivrat der Weltgesundheitsorganisation noch keinen Beschluß gefaßt, sondern den Generaldirektor ersucht, das Studium der Angelegenheit fortzusetzen und die Mitgliedstaaten zur Meinungsäußerung einzuladen. Es geht um den Schutz und die Erhaltung der Gattung Mensch, erklärte Dr. Candau zur Begründung seines Projektes, an dessen Ausarbeitung über 30 der hervorragendsten Kapazitäten verschiedener Länder mitgewirkt haben; ihrerseits konnten sie sich auf die Ansichten und Empfehlungen zahlreicher Gruppen von Experten und Wissenschaftlern stützen. Man wird das Projekt also nicht so leicht als "phantastisch" und "größenwahnsinnig" unter den Tisch wischen können.

Aufgabe des Forschungszentrums wäre die Untersuchung von Gesundheitsproblemen, die für die ganze Welt von lebenswichtiger Bedeutung sind, aber nicht von einzelnen Ländern allein gelöst werden können. Blickt man in die Vergangenheit, darf man auf die Errungenschaften der Medizin stolz sein. Denkt man jedoch an die Zukunft einer industrialisierten und dicht bevölkerten Welt, besteht kein Anlaß zur Selbstzufriedenheit. Die Gefahren, stecken in der Luft, die wir atmen, im Wasser, das wir trinken, in den Lebensmitteln, die wir essen, und - in den Medikamenten, die wir einnehmen. Und wie steht es mit den Bedrohungen, die sich aus der selbst friedlichen Verwendung radioaktiver Substanzen ergeben, mit dem Krebs, mit den Herzkrankheiten, mit den Altersproblemen, mit der geistigen Gesundheit? Über alle diese Dinge wissen wir noch herzlich wenig. Dadurch setzen wir jeden Menschen schweren Gefahren aus.

### Ein Forschungskombinat

Nach den Plänen von Dr. Candau würde das Forschungszentrum im ersten Jahrzehnt seiner Tätigkeit rund 300 Millionen Dollar erfordern, einschließlich der Kosten für Bauten und Einrichtungen und die Entlohnung von rund 1 300 wissenschaftlichen und technischen Mitarbeitern.

Seine einzigartige Wirkungsmöglichkeit ergäbe sich nicht nur aus dem Umstand, daß es sich die Erfahrungen der ganzen Welt und die modernsten Verfahren zunutze machen könnte, sondern daß es zudem das Zusammenspiel verschiedener Wissenszweige und Forschungsmethoden gewährleisten würde, um den Menschen in seiner körperlich-seelischen Ganzheit, gleichzeitig aber in seiner sozialen Umgebung zu erfassen. Medizin, Mathematik, Physik und Chemie in Verbindung mit der Biologie und den Sozialwissenschaften sollen zu einer gemeinsamen Anstrengung und zum gegenseitigen Austausch zusammengeführt werden. Die Nachteile der in sich abgeschlossenen Spezialdisziplinen würden auf diese Weise in einer neuartigen Synthese überwunden.

Ist der Preis von 30 Millionen Dollar jährlich wirklich zu hoch für die Gesundheit der kommenden Generationen ?